



Kerstin Schreyer, MdL

Präsidentin des
Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
PI/G-4255-3/1868-B
29.09.2021

Unser Zeichen
63-2523-2-15

München
22.10.2021

**Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Markus Büchler vom
28.09.2021 betreffend „Verkehrsverbunderweiterungen und Verkehrsver-
bundneugründungen“**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Staatsregierung verfolgt das Ziel, für die Fahrgäste die vollständige Abdeckung des Freistaats mit verkehrlich und wirtschaftlich besonders leistungsfähigen Verkehrs- und Tarifverbänden in den regionalen Verkehrsräumen zu erreichen. Leistungsfähige Verbände aus Bus und Bahn können den Fahrgästen im jeweiligen regionalen Verkehrsraum ein über kommunale Grenzen hinweg abgestimmtes Fahrplanangebot mit einem einheitlichen Tarif, attraktiven Fahrgastinformationen und innovativen Vertriebswegen bieten. Die flächendeckenden Verbundstrukturen im Freistaat sollen durch Initiativen der Landkreise und kreisfreien Städte entstehen.

Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr begleitet die Kommunen als Fördergeber und unterstützt die Kommunen bei der Durchführung von vorbereiteten Grundlagenstudien.

Zu 1.a): Welche Studien zur Ermittlung der Grundlagen einer Integration in einen Verkehrs- und Tarifverbund in Bayern hat die BEG ausgeschrieben bzw. mitausgeschrieben?

Zu 1.b): Welche Studien zur Ermittlung der Grundlagen einer Integration in einen Verkehrs- und Tarifverbund in Bayern hat die BEG noch vor auszuschreiben bzw. mitauszuschreiben?

Die Fragen 1.a) und 1.b) werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Ausschreibung und Vergabe der Grundlagenstudie erfolgt nicht durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG), sondern durch die Landkreise und kreisfreien Städte. Siehe auch Antwort zu Fragen 6.a), 6.b) und 7.a).

Zu 2.a) Inwieweit hat man sich bei der Erarbeitung der Leistungsbeschreibungen der Hilfe Dritter (z.B. Planungsbüros, Rechtsanwaltskanzleien) bedient?

Zu 2.b) Wann wurden die jeweiligen Studien ausgeschrieben?

Zu 2.c) Wo wurden die Ausschreibungen veröffentlicht?

Zu 3.a) Wie hoch war jeweils die Anzahl der eingegangenen Angebote?

Zu 3.b) Wie hoch war jeweils die Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU

Zu 3.c) Wie hoch war jeweils die Anzahl der eingegangenen Angebote von Bieter aus anderen EU-Mitgliedstaaten?

Zu 4.a) Wie hoch war jeweils die Anzahl der eingegangenen Angebote von Bieter aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten?

Zu 4.b) Wie hoch war jeweils die Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote?

Zu 5.a) Inwieweit wurden Angebote ausgeschlossen?

Zu 5.b) Welche Bieterinformation gab es jeweils bei den einzelnen Studien?

Die Fragen 2.a) bis 5.b) werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Vorbereitung der Leistungsbeschreibung als Teil der Ausschreibungsunterlagen erfolgt durch die Landkreise und kreisfreien Städte. Diesen steht es frei, sich hierzu externer Unterstützung wie etwa Planungsbüros oder Rechtsanwaltskanzleien zu bedienen. Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr steht bei der Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen bei fachlichen Fragen beratend zur Seite.

Zu 6.a) Welche Studien wurden bereits vergeben?

Zu 6.b) Wann werden die Studien fertiggestellt sein?

Zu 7.a) Wie ist der Sachstand bei den einzelnen Verbundintegrationsvorhaben?

Die Fragen 6.a), 6.b) und 7.a) werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Derzeit laufende Verbundintegrationsvorhaben sind:

Erweiterungsstudie Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV)

Die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Landshut, Landsberg am Lech, Miesbach, Mühldorf, Weilheim Schongau und Rosenheim sowie die kreisfreien Städte Landshut und Rosenheim lassen einen möglichen Beitritt zum MVV untersuchen. Die Studie wird durch die MVV GmbH inhaltlich bearbeitet und Zwischenergebnisse zur verkehrlichen Sinnhaftigkeit liegen seit Mitte 2021 vor. Aufgrund der Größe des Untersuchungsgebiets wird die Studie in drei Bündeln durchgeführt. Für Teile des Untersuchungsgebiets ist die Fertigstellung der Studie im Jahr 2023 geplant.

Erweiterungsstudie Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN)

Die Landkreise Coburg, Hof, Kronach, Kulmbach, Tirschenreuth und Wunsiedel i. Fichtelgebirge sowie die kreisfreien Städte Coburg und Hof lassen einen möglichen Beitritt zum VGN untersuchen. Die Studie wird durch die VGN GmbH inhaltlich bearbeitet und Zwischenergebnisse zur verkehrlichen Sinnhaftigkeit liegen seit Mitte des Jahres 2021 vor. Die Fertigstellung der Studie ist im Jahr 2023 geplant.

Mainfrankenstudie

Die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt sowie die kreisfreie Stadt Schweinfurt lassen eine mögliche Verbundintegration mit den

Kommunen auf dem heutigen Gebiet des Verkehrsunternehmens-Verbund Mainfranken (vvm) prüfen. Dafür haben die Kommunen die Nahverkehr Mainfranken GmbH (NVM) gegründet, die die Grundlagenstudie federführend betreut. Die Studie wurde an Gutachterbüros vergeben. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten die notwendigen Fahrgastbefragungen zeitlich nach hinten verschoben werden. Die Fertigstellung der Studie ist im Jahr 2024 geplant.

Gründungsstudie „Donauwald“

Die Landkreise Deggendorf, Dingolfing-Landau, Freyung-Grafenau, Passau, Regen und Rottal-Inn sowie die Stadt Passau lassen eine mögliche Verbundgründung untersuchen. Die Landkreise Dingolfing-Landau und Rottal-Inn haben sich der Initiative im Dezember 2020 angeschlossen. Aktuell läuft die Ausschreibung der Studie. Für die Studie ist ein Zeitraum von bis zu drei Jahren eingeplant.

Verbundintegrationsstudie „Mittelschwaben“

Die Landkreise Günzburg und Unterallgäu sowie die kreisfreie Stadt Memmingen lassen die Weiterentwicklung des Verkehrsverbunds Mittelschwaben (VVM) und die Einbeziehung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) untersuchen. Die Studie wurde kürzlich an Gutachterbüros vergeben und ist gestartet. Für die Studie ist ein Zeitraum von bis zu drei Jahren eingeplant.

Gründungsstudie „Südostoberbayern“

Die Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein lassen die Gründung eines Verkehrsverbunds untersuchen. Später wird eine enge grenzüberschreitende Kooperation mit dem bestehenden Salzburger Verkehrsverbund (SVV) angestrebt. Die Studie wurde kürzlich an Gutachterbüros vergeben und ist gestartet. Für die Studie ist ein Zeitraum von bis zu drei Jahren eingeplant.

Verbundintegrationsstudie „Allgäu“

Die Landkreise Oberallgäu und Ostallgäu sowie die kreisfreien Städte Kaufbeuren und Kempten lassen eine Weiterentwicklung der Mobilitätsgesellschaft für den Nahverkehr im Allgäu (mona) und die Einbeziehung des SPNV untersuchen. Aktuell läuft die Ausschreibung der Studie. Für die Studie ist ein Zeitraum von bis zu drei Jahren eingeplant.

Erweiterungsstudie Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund (AVV)

Die Landkreise Dillingen a.d.Donau und Donau-Ries lassen einen möglichen Beitritt zum AVV untersuchen. Die Studie wird durch die AVV GmbH mit der Unterstützung von Gutachterbüros inhaltlich bearbeitet und ist kürzlich gestartet. Für die Studie ist ein Zeitraum von bis zu drei Jahren eingeplant.

Erweiterungsstudie Regensburger Verkehrsverbund (RVV)

Die Landkreise Cham, Kelheim, Neustadt a.d.Waldnaab, Schwandorf, Straubing-Bogen und die kreisfreien Städte Straubing und Weiden lassen einen möglichen Beitritt zum RVV untersuchen. Da zur Aufnahme weiterer Kommunen eine organisatorische Weiterentwicklung des bestehenden Verbunds geprüft wird, nehmen auch Stadt und Landkreis Regensburg an der Studie teil. Aktuell werden die Vergabeunterlagen vorbereitet und die Studie soll in Kürze ausgeschrieben werden. Für die Studie ist ein Zeitraum von bis zu drei Jahren eingeplant.

Bereits beschlossene Verbundintegrationsvorhaben sind:

Vollintegration Stadt Amberg und Landkreis Amberg-Sulzbach in den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN)

Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach (ZNAS) hat die vollständige Integration der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach in den VGN untersucht. Seit 1. Januar 2021 sind beide Kommunen vollständig im VGN integriert.

Überlappung des Regensburger Verkehrsverbunds (RVV) in den Landkreis Cham

Der Landkreis Cham hat die Überlappung des RVV in den südwestlichen Landkreis Cham untersucht. Seit 1. Januar 2021 wird der RVV-Tarif auf sechs Buslinien im Landkreis Cham anerkannt.

Vollintegration Landkreis Erding in den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV)

Auf der Bahnstrecke München – Mühldorf wurde die Integration des besonders für Pendelnde wichtigen Abschnitts zwischen Markt Schwaben und Dorfen in den MVV untersucht. Die Integration ist für Dezember 2024 mit dem Start des neuen Verkehrsdurchführungsvertrags vorgesehen. Ab diesem Zeitpunkt gilt der MVV-Tarif bis einschließlich Dorfen.

Zu 6.c) Wo werden die Studien gegebenenfalls veröffentlicht?

Über die Veröffentlichung der Studien entscheidet das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr in Abstimmung mit den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten als Auftraggeber der Studie. Da insbesondere auch vertrauliche Unternehmensdaten von Bus- und Bahnunternehmen erhoben werden und die Studien auch auf wirtschaftliche Fragestellungen eingehen, ist zu erwarten, dass sich die Studien gegebenenfalls nur zu Teilveröffentlichungen eignen werden.

Zu 7.b) Wann verfügt der Freistaat flächendeckend über Verkehrs- und Tarifverbünde mit SPNV-Tarifanerkennung?

Dies ist abhängig von den Ergebnissen der unter Fragen 6.a), 6.b) und 7.a) dargestellten Studien und den anschließenden Entscheidungen der Aufgabenträger im öffentlichen Personennahverkehr. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Zu 8.) Welche ÖPNV-Aufgabenträger außerhalb bestehender Verbünde beteiligen sich nicht an Verbundintegrationsvorhaben?

Das Förderprogramm zur Verbundintegration wird sehr gut angenommen. Die Kommunen, die bereits Studien veranlasst haben, sind der Antwort zu den Fragen 6.a), 6.b) und 7.a) zu entnehmen. Zudem liegen dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr insgesamt die Zusagen aller verbundfreien Landkreise und kreisfreien Städte zur Durchführung einer Grundlagenstudie vor.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Kerstin Schreyer
Staatsministerin